

Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 10

Oktober 2020

Weiterleitung sehr erwünscht!



Bitte beachten Sie, dass wir eine neue Emailadresse haben:
friedensregion.bodensee@gmail.com

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 10	1
Aktuelles: Militär und Umwelt – Zwei Reden zum globalen Klimastreik	2
Noch nicht allgemein anerkannte unbequeme Wahrheiten	4
Meinungsfreiheit JA	4
Aktuelles: Querdenker wollten Friedenskette vereinnahmen	6
Pressespiegel	7
Gedanken zur Seenotrettung	8
Zur Verantwortung Europas in der Welt	9
Buchempfehlung: Diktatoren als Türsteher Europas	12
Aus dem Verein: Wo wir aktiv waren	13
Wir bauen keine Waffen	14
„Gründe“ von Erich Fried	14
Links und News	15
Impressum	16

„Man darf nicht die Demokratie zum Vorwand nehmen und ein Land angreifen. Die Menschenrechte kann man den Menschen gewiss nicht durch Bomben bringen. Es darf auch nicht sein, dass man den Kampf gegen eine Diktatur zum Vorwand nimmt, um die Ressourcen einer Nation zu rauben. Demokratie und Menschenrechte können nur mit dem und durch den Willen der Menschen verwirklicht werden, nicht dagegen.“

Shirin Ebadi, iranische Juristin und Menschenrechtsaktivistin, geb. 1947

In eigener Sache: Newsletter Nr. 10

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Ausgabe steht ganz im Blickwinkel der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, nämlich des globalen Klimastreiks und der nicht zustande gekommenen Menschenkette um den Bodensee. Die Reden der Fridays-for-Future-Demonstration in Radolfzell darf ich Ihnen sehr zur Lektüre empfehlen. Die angekündigte Menschenkette konnte mangels Teilnehmenden nicht gebildet werden.

Dass dieser Guinness-Rekord-Versuch von vornherein nichts mit der Friedensbewegung und den konkreten friedenspolitischen Forderungen zu tun haben würde, konnten wir bereits im Vorfeld verdeutlichen. Deshalb beinhaltet diese Ausgabe einen recht umfangreichen Pressespiegel, der die zunehmende Bedeutung unseres Engagements erkennen lässt.

Die damit erfolgte mediale Abgrenzung unserer Bemühungen von denen der Corona-Leugner, Impfgegner, Reichsbürger, Aluhut-Träger und anderen konkretisiert einmal mehr unsere friedenspolitische Arbeit in der Bodensee-region.

Jedoch sollten wir auch den übergeordneten politischen Kontext nicht vergessen, in dem das friedenspolitische Engagement unseres Vereins zu verorten ist. In seinem Bericht dazu erörtert Andreas Zumach ausführlich die Bedeutung Europäischer Verantwortung für die Welt.

Es grüßt Sie herzlich,
Ihre Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese
friedensregion.bodensee@gmail.com

Aktuelles: Militär und Umwelt (Reden von H. Schuster und Dr. M. Bäumlner anlässlich der Fridays for Future Veranstaltung am 25.09.2020 - Globaler Klimastreik - in Radolfzell)

Es wurde in diesem Newsletter schon mehrfach auf den Zusammenhang von Klima und Frieden bzw. Umwelt und Militär hingewiesen. Insbesondere innerhalb der FFF-Bewegung wird das Wissen um hochgradige Umweltzerstörungen durch Kriege und deren Vorbereitung mit militärischen Manövern thematisiert. In Deutschlands Rüstungshaushalt stehen pro Jahr ca. € 40 Mrd. dafür zur Verfügung, wenn erst das 2%-Ziel der NATO erfüllt wird, sogar € 75 Mrd./Jahr. Dagegen nehmen die Ausgaben für Umweltschutz und Soziales in Höhe von rund € 2 Mrd. ein regelrechtes Schattendasein ein. Deshalb wird es für uns als Friedensregion Bodensee immer wichtiger werden, dass wir das Fatale im Zusammenwirken von Militär und Umwelt benennen und kritisieren können.

Schon das Bollwerk der 16 Rüstungs- und Waffenfabriken, rund um den schönen Bodensee, wird kaum wahrgenommen. Obwohl sie tagtäglich helfen, mit ihrem Geschäftsmodell Waffenexporte und damit unsere sowieso schon arg geschundene Erde in ein immer größeres Pulverfass zu verwandeln. Sogar Despoten werden beliefert. Viele wissen auch nicht, dass die Ostsee eine Müllhalde mit vielen Tonnen ausgedienter Waffen und großen Mengen an Giftgasgranaten ist. Zudem liegen auf dem Grund der Weltmeere 50 Atomsprengköpfe sowie 9 Atomreaktoren als tickende Zeitbomben, um die sich niemand kümmert. Wer will, kann sich ausmalen, wie es den Meerestieren damit und zusammen mit unserem Plastikmüll ergeht. Und das Unverständlichste: Am Ende der Nahrungskette aus dem Meer steht der Mensch - also wir alle.

Wer weiß denn schon, dass das Militär als einer der größten Klimakiller 2015 bewusst aus dem Kyoto-Protokoll und anderen UN-

Klimadokumenten ausgeklammert wurde, auf Druck der NATO- Staaten und der USA. Da braucht sich niemand zu wundern, wenn die Streitkräfte beim Verbrauch von Energie und Rohstoffen, bei der Zerstörung ganzer Landstriche, auch in Friedenszeiten, bei den schlimmsten Umweltsündern zu finden sind. Und deshalb ist eine Klimadebatte ohne einen Blick aufs Militär nur die halbe Wahrheit.



Foto: Jörg Weissenborn Lindau

Die Nato feierte vor einigen Monaten ihren 70sten Geburtstag und nach ihrem Generalsekretär ist sie die stärkste Militärmacht der Welt. Doch damit nicht genug, es wird jetzt weiter massiv aufgerüstet. Eine Entscheidung die an Engstirnigkeit nicht mehr zu überbieten ist, weil sie logischerweise eine zerstörerische weltweite Rüstungsspirale in Gang setzt, die zur Folge hat, dass für die Ärmsten noch weniger übrigbleibt und der Planet noch brutaler ausgebeutet und zerstört wird. Ein Blick auf die Statistik der Militärausgaben aller Staaten genügt um festzustellen, wer hier einsame Spitze ist und wer hier wen bedroht. Bleibt nur noch die Frage, warum gerade wir, das christliche Abendland, mit unserer ständig hervorgehobenen Wertegemeinschaft es sind, die diesen Rüstungswahnsinn vorantreiben.

Ich will hier nicht die Bundeswehr grundsätzlich in Frage stellen, in Corona Zeiten hat sie teilweise gute Dienste geleistet, aber wir sollten genau hinschauen. Denn, was ist das für eine Sicherheit, die durch die Zerstörung wichtiger Lebensgrundlagen zustande kommt, durch ein in kauf genommenes Wettrüsten und durch atomare Abschreckung mit der nuklearen Teilhabe, die vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig und als Verbrechen an der Menschheit bezeichnet wird. Durch

Fehleinschätzungen, Unfälle oder technische Defekte ist die Welt bereits mehrmals haarscharf an einer Atombombenkatastrophe vorbeigeschrammt.

Anstatt nun Milliarden in neue Kampffjets zu investieren, damit Bundeswehripiloten die Atombomben im Ernstfall ins Ziel fliegen und bis dahin ein noch schrecklicheres „Hiroshima“ einüben können (was für eine Menschenverachtung!), wäre es allerhöchste Zeit, die Chance zu nutzen um sie loszuwerden und sie den USA zurückzugeben. An dieser Stelle hätte auch unser OB Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen und Mitglied bei den „Mayors For Peace“, den Bürgermeistern für den Frieden, zu werden.

Ich würde mir wünschen, dass von der Solidarität, die am Anfang der Corona Krise zu spüren war, noch etwas übrig ist und sich in Verantwortung für die gesamte Schöpfung niederschlägt. Egoistisches militärisches Machogehabe schadet uns allen.

Was wir brauchen, sind Politiker, die mit Vernunft und Vertrauensmaßnahmen nach einem gerechten und friedlichen Miteinander aller Bewohner des Planeten streben, gerade auch jetzt in der Klimakrise, wo viele kapiert haben, dass es für die Erde keinen Plan B gibt. Und deshalb: Schluss mit dem Aufrüstungswahnsinn, Schluss mit dem Säbelrasseln, Die Erde braucht Abrüstung und unsere Fürsorge. Und meine Bitte an euch alle: MAKE PEACE GREAT AGAIN

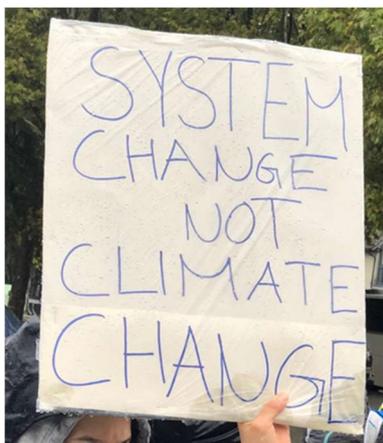


Foto: Martina Knappert-Hiese

Aktuelles: „Zum Golde drängt, am Golde hängt doch alles. Ach, wir Armen!“ Johann Wolfgang von Goethe 1808 (Rede von M. Bäumlner)



Der Widerstand für unser Klima der Fridays-for-Future Bürger*innen und der Widerstand gegen den Horror der waffenstarrenden Todesindustrie gehören zusammen. Denn beide Bedrohungen - die Treibhausgase und die

kranken Kriege – resultieren aus ein und derselben toxischen Dynamik: der ENTGRENZUNG des globalen TURBO-KAPITALISMUS.

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0a/Johann_Wolfgang_von_Goethe_1817.jpg (Quelle Foto)

Hier wie dort – immer geht es um „die Stückzahl“, so viel wie irgend möglich auf den Markt zu schmeißen! Der Fetisch BIP (das BruttoInlandsProdukt) – wachsen, wachsen, wachsen – die Rüstungsindustrie als Gipfel der Perversion.

SIE GEHEN IM WORTSINN ÜBER LEICHEN – die Händler des Todes! Wir also alle, die dieses Treiben dulden, die nicht genug dagegen tun – wir morden eigentlich mit, UND Wir sind deshalb alle auch FLUCHTVERURSACHER!

Unsere Volks-Vertreter: Statt KONSTRUKTIV KLIMA & UMWELT zu schützen – verkaufen sie zusammen mit ihren Lobby-Kumpanen DESTRUKTIV die Horror Hochglanz Waffen, verbreiten sie Angst & Schrecken, weltweit – das ist DEUTSCHE Wertarbeit, oder Amerikanische, oder russische, oder chinesische, oder, oder.

Sagen wir ENDLICH NEIN, und: nur sagen hilft nicht: WENIGER KONSUM – das wäre klasse, wo wir doch so viel knallbunten Schnickschnack gar nicht brauchen!

Weder zum Essen, noch zum Trinken, noch als giftige Plastik-Deko, noch als billige Wegwerf-Klamotten. WENIGER ist MEHR!

Das kann spürbar werden, wenn wir sinnlosen Konsum gemeinsam verweigern, damit zum Beispiel auch Minister Altmeier es begreift! Also – WAS BRAUCHEN WIR WIRKLICH, und: ohne anderen Erdenbürger*innen zu schaden?!

Noch nicht allgemein anerkannte unbequeme Wahrheiten

Sie finden unter dieser Unterschrift sozusagen unbequeme Wahrheiten, die wir in den nächsten Tagen auch auf Instagram und Facebook veröffentlichen möchten. Dieses Vorgehen sollte als Versuch gewertet werden, das sogenannte Narrativ zu erweitern und zu verändern, weil es uns eben auch in unserer Alltagssprache begegnet, ohne dass es uns notwendigerweise bewusst ist.



Corona kann in diesem Zusammenhang als eine Art Krisenbeschleuniger gewertet werden. Er hilft uns zu erkennen, dass das Überleben der Menschheit auf dem einzigen uns zur Verfügung stehenden Planeten auch durch das alltägliche Handeln eines jeden Individuums sicherzustellen ist!

„Ich glaube unsere Finanzmärkte sind extrem instabil. Wir machen

uns ein falsches Bild von ihnen, wenn wir glauben, dass sie zum Gleichgewicht tendieren.“ (George Soros zu dem weit verbreiteten Irrglauben, dass die sogenannte Marktwirtschaft ein in sich funktionierendes Gebilde darstellt.)



Meinungsfreiheit JA – rechtsradikale tolerieren und Gesundheitsschutz ignorieren NEIN (Rede von Charis Kuntzemüller-Dimitrakoudis, Präsidentin und Elina Müller, Vizepräsidentin SP Kreuzlingen)

Wir sind hier, weil wir für die Meinungsfreiheit und die Grundrechte aller einstehen. Unser aller Freiheit und unsere Grundrechte schützen können wir aber nur, wenn wir aufeinander Rücksicht nehmen. Dies gilt besonders in dieser für alle neuartigen Krise. Jede und Jeder ist von der Pandemie in irgendeiner Form betroffen. Viele Menschen trifft es hart. Auch schränken die Corona-Maßnahmen ein, Existenzen sind bedroht. Verschiedenste Schicksale machen uns betroffen. Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie dürfen selbstverständlich kontrovers diskutiert werden.

Dabei dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass es unser gemeinsames gesellschaftliches Interesse ist, nicht von dieser Pandemie überwältigt zu werden. Nur wenn wir die Pandemie im Griff haben, sind wir in der Lage, besonnen und demokratisch Entscheid-

ungen zu treffen. Viele Krankheitsfälle, viele Schwerkranke, viele frühzeitig Verstorbene führen nicht nur zu großem individuellem Leid, sondern auch zu einem Klima aus Misstrauen und Angst.

Und ja, es gibt Stimmen, welche Corona als weit weniger gefährlich einstufen, welche die allgemeine Vorsicht als Hysterie und folglich die Vorsichtsmaßnahmen als unnötig oder gar schädlich empfinden. Auch diese Meinungen sollen sich Gehör verschaffen dürfen. Einige sorgen sich um unsere Grund- und Freiheitsrechte. Hier müssen wir die Entwicklung genau im Auge behalten. Genauso gilt es jedoch zu respektieren, dass die Mehrheit der Menschen andere Positionen als plausibler einschätzt; diejenigen, welche in der Epidemie eine reale Gefahr sehen und zu Vorsicht anraten. Abwägungen und Diskussionen sind notwendig und sinnvoll. Eine pauschale Verharmlosung der Krankheit aber muss sich für Menschen aus stark betroffenen Regionen wie blanker Hohn anhören.

Demokratie ist ein ständiges, nie endendes Aushandeln über Zielsetzungen, Priorisierungen und das richtige Vorgehen. Wer findet, dass die eigenen Anliegen im gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu wenig beachtet werden, der oder die muss sich dafür einsetzen, ihnen Gehör zu verschaffen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich für seine Anliegen einzusetzen, aber es ist ein langwieriger, manchmal auch unfairer Prozess.

Viele aus der „Querdenker“-Bewegung nehmen einen einfacheren Weg. Sie behaupten, die einzige Wahrheit erkannt zu haben. Und weil diese ihre Wahrheit ihrer Meinung nach zu wenig Beachtung in Politik, Medien und Wissenschaft findet, tun sie sie pauschal als korrupt oder gar von geheimen Mächten gelenkt ab. Sie anerkennen nicht mehr, wie unterschiedlich und oft widersprüchlich die Wertvorstellungen und Anliegen der verschiedenen Menschen sind. Sie betrachten alle, welche nicht auf ihrer Linie liegen, als homogene Masse. Sie betrachten die Mehrheit der Bevölkerung als „Schlafschafe“ und sprechen

ihnen damit ab, mündige Bürgerinnen und Bürger zu sein, fähig, ihren Teil zu demokratischen Entscheidungen beizutragen. Damit entfernen sie sich von den Grundsätzen der Demokratie.

In offiziellen Statements distanzieren sich die „Querdenker“ von extremistischem, menschenverachtendem und faschistischem Gedankengut, besonders seit den Demonstrationen vom 1. und 29. August in Berlin. Wir hoffen, dies sind nicht nur Lippenbekenntnisse und den „Querdenkern“ ist klar geworden, dass manche der ebenfalls gegen die Corona-Schutzmaßnahmen Demonstrierenden nicht die Demokratie stärken wollen, sondern totalitäre Systeme anstreben. Wir bleiben vorerst skeptisch. Bisher konnte man eher den Eindruck gewinnen, nicht der Einsatz für Freiheit und Frieden ist das verbindende Element der Bewegung, sondern der grundsätzliche Widerstand gegenüber dem sogenannten „Mainstream“. Und dass es dann zweitrangig ist, wenn völkische oder rassistische Vorstellungen hinter der Kritik stehen.

Die parallelen, allgemein geduldeten Kundgebungen von extremistischen, antidemokratischen und rassistischen Gruppierungen an den Demonstrationen in Berlin, aber auch an früheren, kleineren Demonstrationen von Corona-Skeptikern sind der Hauptgrund für unsere heutige Gegenkundgebung. Keine klare Ablehnung solchen Bewegungen gegenüber zu zeigen, hieße, sie zu tolerieren. Das tun wir nicht und deshalb sind wir hier. Wir akzeptieren nicht, dass sich im Schatten der Kritik an Corona-Schutzmaßnahmen antidemokratische Ideologien in die Mitte der Bevölkerung drängen.

Kreuzlingen, Konstanz und die Umgebung begreifen wir als Region und solidarisieren uns darum mit dem Konstanzer Bündnis «Spread Love not Corona». Das Bündnis umfasst rund 40 Parteien und Zivilorganisationen.

Covid-19 ist eine weltweite Krise. Sie erfordert von uns Allen Solidarität und Rücksicht. Nur gemeinsam können wir diese Herausforderung meistern.

Aktuelles: Querdenker wollen Friedenskette vereinnahmen (veröffentlichte Pressemitteilung der Organisatoren des Bodensee-Friedensweges und der Friedensregion Bodensee)

Zu Beginn der 1980er-Jahre organisierte die Friedensbewegung in vielen Ländern Westeuropas Friedensketten gegen die Stationierung von amerikanischen Mittelstrecken-Raketen in Westdeutschland. Diese Friedenskundgebungen zählten zu jenen mit der stärksten Beteiligung seit dem 2. Weltkrieg. Nun will die Organisation "Querdenken", die tatsächlich Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verbreitet, den Begriff "Friedenskette" vereinnahmen und für ihre Zwecke missbrauchen. In Deutschland, der Schweiz und Österreich, rund um den Bodensee.

Wir deutschen Friedensorganisationen, die seit 1983 an der Organisation des Dreiländer-Ostermarsches am Bodensee beteiligt sind, distanzieren uns in aller Form davon, dass die "Querdenker" für ihre Zwecke den Begriff Friedenskette missbrauchen wollen und fordern alle gutwilligen und friedenswilligen Menschen auf, sich davon fernzuhalten, wenn die für den 3. bzw. 4. Oktober geplante Kette tatsächlich durchgeführt werden sollte.

Wer die Pandemie zu verharmlosen oder gar zu leugnen versucht, tut deren Opfern ein zweites Mal Gewalt an und verhöhnt alle, die sich beruflich oder freiwillig mit unermüdlichem Engagement für die Betroffenen eingesetzt haben und immer noch einsetzen! Solche Menschenverachtung ist das Gegenteil von Engagement für den Frieden.

Dass im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie den Behörden auch Fehler unterlaufen sind, ist nicht zu bestreiten, und daraus sind auch Lehren zu ziehen. Aus dem behördlichen Umgang mit der Corona-Pandemie können also sehr wohl grundlegende Konsequenzen gezogen und Verbesserungen angestrebt werden. Die Verbreitung von

Verschwörungstheorien tragen definitiv nichts dazu bei.

Außerdem: Wir vermissen bei den Veranstaltern eine klare Distanzierung von rechten und rechtsradikalen Gruppierungen, wie sie vor dem Reichstag in Berlin mit Reichsfahnen aufgetreten sind. In dieser Vermischung mit rechten Gruppierungen sehen wir für eine Friedensaktion eine elementare Gefahr - denn sie diskreditiert friedliches Demonstrieren. Rechte Gruppierungen tragen nichts zu gewaltfreiem Handeln bei, im Gegenteil. Eine Stärkung des zivilen Denkens in der Sicherheitspolitik ist ein vordringliches Anliegen – und friedenspolitisches Postulat.

Die Friedensregion Bodensee e.V. distanziert sich daher von dieser geplanten Friedensmenschenskette und rät friedensbewegten Menschen auch davon ab, sich am 3. oder 4. Oktober dort zu beteiligen. www.friedensregion-bodensee.de und www.bodensee-friedensweg.org



NEIN - KEINE FRIEDENSMENSCHENKETTE mit QUERDENKERN

Die Friedensregion Bodensee e.V. distanziert sich ausdrücklich von der für den 3. Oktober geplanten Menschenkette rund um den Bodensee. Dies geschieht in Absprache mit den Schweizer KollegInnen, mit denen wir seit Jahren zusammen den Bodensee-Friedensweg organisieren.

Eine Veranstaltung gemeinsam mit Corona-GegnerInnen und möglicherweise auch rechten Gruppierungen, die sich anschließen bzw. untermischen, kommt für uns nicht in Frage und stellt für uns keine Friedensinitiative dar.

Eine differenzierte kritische Auseinandersetzung mit den Corona-Maßnahmen halten wir aus demokratischer Sicht weiterhin für unerlässlich.

PRESSESPIEGEL

Es hat sich rückblickend gezeigt, dass die Friedensregion Bodensee e.V. aktiv vor Ort tätig war, um die Politik durchaus ein Stück weit mitbestimmen zu können. Dass und warum die Pandemie gesellschaftliche Entwicklungen quasi beschleunigt, wurde in den letzten Newslettern bereits ausführlicher thematisiert. Doch auch Corona- und Impfgegner wollten die so genannte „Friedensmenschenskette“ am 03./04.10. für sich und ihre fragwürdigen Ziele vereinnahmen. Der Vorstand hat mit seiner Presseerklärung im Vorfeld angemessen reagiert und konnte erreichen, dass unsere Kritik an dem Mega-Event durchaus Erwähnung fand. Den umfangreichen Pressespiegel finden Sie im Folgenden. Noch eine Anmerkung zu den Südkurier-Links: Wer kein Online-Abo hat, der kann pro Tag nur einen einzigen Artikel kostenfrei abrufen. Es ist leider rechtlich nicht möglich, die Artikel einfach einzuscannen und dann zu verbreiten. Gegebenenfalls sollten Sie sich also an mehreren Tagen mit den Links und der Lektüre beschäftigen.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/solche-menschenverachtung-ist-das-gegenteil-von-engagement-fuer-den-frieden-der-widerstand-gegen-die-geplante-menschenkette-von-corona-skeptikern-am-bodensee-waechst-ld.1262496>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.querdenker-am-bodensee-chaos-vor-der-konstanzer-corona-demo.4dff28e6-75ff-4028-a5b4-aba6113c8226.html?reduced=true>

<https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis/salem/querdenken-kundgebung-am-sonntag-in-salem;art372491,10628491>

<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/kreis-konstanz/zehntausende-erwartet-konstanz-bereitet-sich-auf-das-demo-wochenende-vor;art372432,10626664>

<https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis/bodenseekreis/warum-sich-historiker-claus-kittsteiner-von-den-querdenkern-distanziert;art410936,10629538>

Zudem veröffentlichte die Allgäuer Zeitung (Ausgabe Kempten) am 02.10. einen sachlichen Beitrag zu unserer Kritik unter dem Titel **Ärger um Menschenkette am Bodensee. Friedensverein distanziert sich von „Querdenken“**. Am 01.10. sendete Radio AllgäuHIT meine Kurzantworten aus einem Telefoninterview zur geplanten Menschenkette. Entsprechende Äußerungen zur Friedensregion sollen in den kommenden Tagen veröffentlicht werden.

Unsere Presseklärungen zeigen also Wirkung. Im September-Newsletter haben wir berichtet, dass wir uns wegen der Aufnahme von **Flüchtlingen aus Moria auf Lesbos** sowohl an Kanzlerin Merkel als auch an Innenminister Seehofer gewandt hatten. Ausführliche aber letztlich nichtssagende Antwortschreiben liegen inzwischen zwar vor, doch halten wir deren Veröffentlichung für nicht notwendig und überflüssig.

Auch in den sozialen Medien (Instagram und Facebook) sind wir nun verstärkt präsent. Dort versuchen wir, mit regelmäßigen Posts (Veröffentlichungen von Fotos, Kommentaren und Veranstaltungsankündigungen) eine größere Reichweite zu erzielen. So sollen auf Dauer mehr Menschen – insbesondere auch Jüngere - auf uns und unsere Arbeit aufmerksam werden. Die Kurzversion der PM (s.S. 6, unten) wurde auch auf Instagram veröffentlicht.



Aktuelles: Seenotrettung von Flüchtlingen aus der Sicht einer Therapeutin, die ein ‚briefing‘ für die Besatzung der Louise Michel gemacht hat (Erfahrungsbericht der systemischen Therapeutin Marlies Hinderhofer aus Aulendorf)

Just do it.

...ob ich so ein briefing überhaupt durchführen könne? ...wozu es dafür ein Landei aus dem hinterletzten Dorf von Oberschwaben bräuchte? ...ob dieser Aufwand klimatechnisch zu rechtfertigen sei? ...ob das politische Signal durch die Seenotrettung zu verantworten sei? ...ob sich das lohnen würde für die paar Stunden?

Ich wusste das alles nicht. Ich hatte mich nicht um diese Aufgabe beworben, lediglich bereit erklärt, vor fünf Jahren, in der Unterstützung bei der Flüchtlingsfrage etwas zu tun, falls meine Fähigkeiten gebraucht werden. Die Anfrage, vor drei Jahren nach Malta zu fliegen, habe ich abgelehnt (mein Kopf war damals voll mit meiner Assistenzzeit als Lehrende und Ehrenamt als Vormünderin für einen UMA).

Mir fiel kein gutes Argument ein, diese erneute Anfrage jetzt abzulehnen. Das Corona-Risiko (inzwischen war ganz Spanien zum Risikogebiet erklärt worden) erschien mir klein, gemessen an den Risiken der Crew und der existentiellen Not der Menschen auf den Schlauchbooten im Mittelmeer. Nach gründlicher Vorbereitung hatte ich Material für eine Woche beisammen – es schien mir viel herausfordernder nur diese kurze Zeitspanne zur Verfügung zu haben für die zehn zusammen-gewürfelten Crewmitglieder aus drei verschiedenen Ländern. In englischer Sprache. I tried. Prepared myself for whatever is to come. To prepare the crew for whatever is to come.

In intensiver dichter persönlicher Auseinandersetzung mit den Unwägbarkeiten von plötzlicher dramatischer Not und heftigen möglichen Konflikten auf dem Deck der Louise Michel versuchten wir das gemeinsam: *deepqualitytime mit den bereits bei anderen Missionen gemachten Erfahrungen. Die Widersprüche zwischen Überleben und Hoffnung auf ein besseres Leben und die unfassbare bürokratische Ignoranz der Behörden, die Ohnmacht, die Begegnung mit dem Tod. Am Ende fragten mich die Crewmitglieder, ob ich auch das De-Briefing nach der Mission übernehmen könnte. Ja. Keine Frage. Selbstverständlich.

Foto: M. Hinderhofer



Die Crew hat mich außerordentlich beeindruckt und mir beigebracht, was es braucht: keine superwomen oder heroes – einfach mutige, entschlossene, junge Menschen! Die nicht nur schweigend der humanitären Misere zusehen, sondern bereit sind, etwas zu tun und dafür eigene Risiken in Kauf zu nehmen. Solche Erfahrungen verändern den Blick für das Wesentliche und sind gut für die aufrechte Haltung. Das unsägliche politische europäische Versagen – ich habe selber keine Idee zur Lösung – in dieser Frage bleibt unverändert. Für die Menschen, die die Crew vor dem Ertrinken errettet hat, macht es einen großen existentiellen Unterschied!

Mein allergrößter Respekt gilt der ganzen Crew auf dem Schiff und ihren Helfern und Unterstützern an Land und all den Geschichten der Menschen, die sie vor dem Tod gerettet haben und denen, die sie nicht retten konnten. Danke für die Teilhabe.

Aktuelles: Zur Verantwortung Europas in der Welt. Vom „Friedensprojekt“ zum „globalen militärischen Player“? ... dass Deutsche und Franzosen nicht gemeinsam auf Dritte schießen! (Beitrag von Andreas Zumach für die pax-christi-Zeitung des Bistums Limburg und die Schweizer Friedenszeitung)

Europa muss Verantwortung übernehmen! – aber wie? Immer öfter wird gefordert, dass Europa und auch Deutschland „mehr internationale Verantwortung übernehmen“ müssten angesichts der zahlreichen Krisen einerseits und der politischen und ökonomischen Bedeutung andererseits. Gemeint ist fast immer, man müsse militärisch aufrüsten und stärker präsent sein, um in Konflikten intervenieren zu können etc. Doch wäre dies eine verantwortliche Politik? Wie sahen die Ergebnisse solcher Versuche, „Verantwortung zu übernehmen“ bisher aus? Und: Wie könnte eine wirkliche Übernahme von Verantwortung in der Welt aussehen?

Die EU und ihre Vorgängerinstitutionen seit 1951 (Montanunion, EWG, EG) sind Friedensprojekte! Ohne jede Einschränkung! Das war die feste Überzeugung der Generation meines Großvaters und meines Vaters, die in den Weltkriegen 1+2 gegen ihren Willen zwangsweise zum Militär eingezogen wurden, gegen die Franzosen kämpfen mußten, zum Glück schnell verwundet wurden und in Gefangenschaft gerieten. In den Jahrzehnten nach den beiden Weltkriegen verbrachten sie ihre Auslandsferien mit der Familie am liebsten in Frankreich.

Die große Verantwortung meiner und der nachfolgenden Generationen ist es dafür zu sorgen, dass Deutsche, Franzosen und andere Europäer nicht künftig gemeinsam auf Dritte schießen (gegen Dritte Krieg führen). Doch die historische Erzählung und die Selbstwahrnehmung der EU vom „Friedensprojekt“,

das 2012 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises in den Köpfen und Herzen vieler Europäer*innen noch einmal bekräftigt wurde, verhindert selbst bei Friedensbewegten, Linken und Grünen nach wie vor die Wahrnehmung und kritischen Analyse der Realitäten und den notwendigen politischen Widerspruch und Widerstand.



Foto Heinrich-Böll-Stiftung Flickr: Andreas Zumach <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12466998>

Zu dieser Selbstwahrnehmung trägt bei, dass Europa (EU incl. Schweiz und andere Nicht-Mitglieder) nach den zwei von hier ausgegangenen Weltkriegen in manch zivilisatorischer Hinsicht weiter ist als die anderen Kontinente: in Europa existieren die meisten Demokratien und die meisten teil- oder gesamt-kontinentalen, auf Kooperation angelegten und an völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Normen orientierte Institutionen (neben der EU etwa der Europarat, die Organisation für Sicherheit und Entspannung in Europa, OSZE, diverse Gerichtshöfe). Und zwischen den Mitgliedsstaaten entweder der EU oder des Europarats und der OSZE gibt es hunderte von Verträgen, Abkommen und andere Vereinbarungen. Darunter Gewaltverzichtsabkommen, ein Rüstungskontrollvertrag und eine Menschenrechtskonvention, deren Einhaltung alle Bürger*innen vor einem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einklagen können.

Kein reines Friedensprojekt

Allerdings gelten all diese zivilisatorischen Errungenschaften im Wesentlichen nur nach innen, aber nicht gegenüber dem „Rest der Welt“ außerhalb der EU/Europas. Nimmt man den - in Friedensbewegung und -forschung schon lange gebräuchlichen - erweiterten, nicht nur auf militärische Mittel begrenzten Friedensbegriff zum Maßstab, war die EU auch vor dem Ende des Kalten Krieges vor 30 Jahren schon längst kein reines Friedensprojekt mehr. In der Außenwirtschafts- und Handelspolitik und bei dem Versuch, Länder des Südens zur Marktöffnung, Privatisierung, Deregulierung und anderen neoliberalen Konzepten zu nötigen, ging und geht die EU nicht weniger aggressiv vor als die USA, Kanada, Japan oder andere Staaten der Nordens. Ein Beispiel sind die sogenannten „Europäischen Partnerschaftsabkommen“ (EPA) der EU mit einer Reihe nord- und westafrikanischer Staaten. Auch verhalten sich in der EU ansässige Konzerne bei ihren globalen Aktivitäten nicht sozialer, menschenrechtskonformer oder umweltfreundlicher als Konzerne aus anderen Staaten. Aktuell sabotiert die EU im UNO-Menschenrechtsrat in Genf die Bemühungen um ein Abkommen mit verbindlichen Menschenrechtsstandards für Unternehmen. All das Gesagte gilt auch für das Verhalten der Schweiz nach außen, sei es im nationalen Alleingang oder im Verbund mit den EU-Staaten. Die Zeiten, da die EU als international führend galt bei der Bekämpfung der globalen Erwärmung, sind längst vorbei. Führend ist sie dafür inzwischen als der Welt zweitgrößter Rüstungsexporteur (27Prozent) hinter den USA und vor Russland und China.

Gemeinsame militärische Instrumente

Seit dem Ende des Kalten Krieges militarisiert die EU zunehmend ihre 1992 beschlossene „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP). Nach dem Kosovo-Krieg 1999 wird eine EU-Eingreiftruppe geschaffen sowie eine Rüstungs- und Verteidigungsagentur. 2009 verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten im Vertrag

von Lissabon „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. In der 2016 vereinbarten „Globalstrategie“ wird die Schaffung weiterer gemeinsamer militärischer Instrumente vereinbart, 2018 eine „Permanente Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) im militärischen Bereich sowie die „regelmäßige reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte“. Zu den 47 bislang beschlossenen PESCO-Projekten gehören EU-Kampfhubschrauber und -Artillerie sowie bewaffnete EU-Drohnen.

Seit 2003 gab oder gibt es weiterhin 40 Auslandsmissionen der EU - die meisten davon in Afrika und auf dem Balkan. Davon sind zwar zwei Drittel zivil, doch 80 Prozent des eingesetzten Personals sind Soldaten. Nicht wenige der 40 Auslandseinsätze - darunter jene am Horn von Afrika, im Tschad, Kongo, in Georgien und Libyen - dien(t)en zumindest indirekt auch der Sicherung von Ressourcen. Keine der militärischen Missionen hat ihr zu Beginn von der EU erklärtes Ziel einer nachhaltigen Befriedung und Stabilisierung der Einsatzländer/-regionen erfüllt.

Gemeinsames Rüstungsbudget

2019 beschloss die EU erstmals ein gemeinsames Rüstungsbudget, für das für den Haushaltsplan 2021-2027 über 13 Milliarden Euro budgetiert wurden. Für weitere 6,5 Milliarden Euro soll die militärische Infrastruktur in den Mitgliedsländern verbessert werden. Zugleich wurden Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und andere zivile Maßnahmen gekürzt. Im Februar dieses Jahres lancierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zudem die Idee einer eigenständigen atomaren Abschreckungskapazität der EU, unabhängig von den USA.

Gerechtfertigt wird die Militarisierung der EU von politischen Führungen in Brüssel, Berlin, Paris und anderen Hauptstädten mit der Behauptung, die EU habe eine „internationale Verantwortung“ und müsse zur Wahrnehmung dieser Verantwortung ein „globaler Player“ werden auf Augenhöhe mit anderen „globalen

Playern“ (USA, China, Russland). Dazu seien eigene militärische Instrumente und Fähigkeiten unerlässlich. Dazu gehört zumindest nach Meinung von Militärs und „Sicherheitspolitikern“ der traditionellen Parteien in Europa (Konservative/Christ-demokraten, Sozialdemokraten/Sozialisten, Liberale) auch eine eigenständige atomare Abschreckungskapazität für die EU. Entsprechende Forderungen werden in jüngster Zeit insbesondere in Deutschland und in Frankreich immer lauter. Sie werden begründet damit, dass seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump auf den Nuklearschirm der USA und ihre nukleare Beistandsgarantie im Rahmen der NATO kein Verlass mehr sei.

Die EU muß wieder zum Friedensprojekt werden

Die Alternativen zu einer zivilen und nach außen hin friedensfähigen Politik der EU sind:

1) Oberste Priorität hat die Einstellung und Korrektur aller oben genannten Politiken, mit denen die EU derzeit Unfrieden, Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Ressourcenkonflikte im „Rest“ der Welt befördert und verschärft:

- Rüstungsexporte - ungerechte bilaterale bzw. in der WTO durchgesetzte Handelsverträge

- Dumping subventionierter Agrarexporte

- Export von elektronischem und anderem Giftmüll

2) Einstellung aller Maßnahmen zur militärischen Aufrüstung der EU u.a.

- PESCO Permanent Structured Cooperation, dt.: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit)

- Aufbau interventionsfähiger gemeinsamer Streitkräfte

- Rüstungsprojekte

3) Beendigung laufender, von der EU eigenmächtig beschlossener Militäreinsätze

4) Verpflichtung, vorhandene Streitkräfte und militärische Kapazitäten der EU-Mitgliedsstaaten künftig nur noch einzusetzen im Rahmen von Missionen, für die ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates vorliegt

5) Umschichtung der im EU-Haushalt vorgesehenen Mittel für militärische Zusammenarbeit, Rüstungsprojekte etc. auf die Etats für zivile Instrumente zur Konfliktbearbeitung, Entwicklungszusammenarbeit u.ä. sowie deutliche Erhöhung dieser Etats

6) Ein strategisches Langzeitprogramm für die nächsten 30 Jahre zur wirtschaftlichen und damit auch politischen Stabilisierung der Staaten im Krisenbogen zwischen Marokko und Afghanistan, weil sich nur so die Ursachen und der Nährboden für Gewaltkonflikte, gescheiterte Staaten, islamistisch gerechtfertigten Terrorismus in sowie Fluchtbewegungen aus dieser Weltregion überwinden lassen. Bestandteil dieses Programms sollten sein u.a.

- Ausbildungsprogramme für in den Ländern des Krisenbogens dringend benötigte Fachkräfte auf Basis des in Deutschland, Österreich und der Schweiz praktizierten Dualen Ausbildungssystems

- Anreize (z.B. Steuernachlässe, Subventionen) für Unternehmen aus der EU, in Ländern des Krisenbogens nachhaltig mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen zu investieren

7) Beendigung der Flüchtlingsabwehr mit militärischen und polizeilichen Mitteln (Frontex) im Mittelmeer und anderen Außengrenzen der EU. Stattdessen Entwicklung und Umsetzung einer Flüchtlings- und Migrationspolitik, die den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO von 1948 sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1953 entspricht. Das ist Ziel 10 der im Jahre 2015 von einem UNO-Gipfel beschlossenen 17 „Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“ zu deren Umsetzung bis spätestens 2030 sich auch alle EU-Mitgliedsstaaten bereits verpflichtet haben.

8) Beschluss, Finanzierung und Durchführung von EU-Projekten zu Rehabilitation und dem Wiederaufbau in Nachkriegsgebieten. Aktuell dringend erforderlich wäre ein Programm zur Minenbeseitigung in Syrien

9) Aktive Diplomatie und Vermittlungsangebote für Konflikte außerhalb Europas, in denen die EU oder einzelne ihrer Mitgliedsstaaten keine eigenen Interessen verfolgen. Besonders dringend wäre ein Angebot an China und Indien zur Vermittlung in dem gefährlich eskalierenden Konflikt zwischen den beiden Atomwaffenmächten um die Wasserressourcen aus dem Hochland von Tibet, in dem die neun größten Flüsse Asiens entspringen. Ohne eine Deeskalation dieses Konflikts und seine kooperative Lösung droht mittelfristig ein Krieg, bei dem dann möglicherweise Atomwaffen eingesetzt werden.

10) Mit Blick auf Atomwaffen sollte die EU die folgende Schritte unternehmen, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, den zunehmend gefährdeten NPT-Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von A-Waffen zu stärken und die Bestrebungen zur weltweiten Abschaffung dieser Massenvernichtungsmittel zu unterstützen:

- den Abzug der noch auf den Territorien von EU-Staaten (Deutschland, Belgien, Niederlande) gelagerten Atomwaffen der USA durchsetzen
- Unterzeichnung des UNO-Abkommens zum Verbot von Atomwaffen durch alle EU-Mitgliedsstaaten
- Klare Absage an alle (derzeit vor allem von Frankreich beförderten, aber auch von deutschen Politikern unterstützten) Überlegungen für eine eigenständige atomare Abschreckung der EU
- aktive Unterstützung für die bereits 2010 von der NPT-Überprüfungskonferenz geforderte UNO-Konferenz über eine A-,B-,C-waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten, deren Durchführung bislang von Israel und den USA verhindert wird.

11) Deeskalation des Verhältnisses zu Russland; Beendigung der wirkungslosen und kontraproduktiven Sanktionen, die die Regierung Putin weder zur Aufgabe der 2014 völkerrechtswidrig annektierten Krim noch zur Einstellung der Unterstützung für die Aufständischen im Donbass bewegen konnten; Initiative der EU für eine neue, von der UNO organisierte und überwachte Volksabstimmung auf der Krim mit der Wahloption für eine weitestgehende Autonomie der Krim innerhalb der Ukraine.

Buchempfehlung: Diktatoren als Türsteher Europas



Europa zieht seine Grenzen durch Afrika. Migrationskontrolle ist in der EU zu einer Frage von höchster innenpolitischer Bedeutung geworden. Mit Hochdruck baut sie daher ihre Beziehungen zu den Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent aus. Diese sollen ihre Bürger daran hindern, nach Europa zu gelangen. Die EU bietet dafür Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe. Sie arbeitet mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, und bildet deren Polizei und Armeen aus. Die Bewegungsfreiheit in Afrika wird eingeschränkt, Entwicklungshilfe wird umgewidmet und an Bedingungen geknüpft: Wer Migranten aufhält, bekommt dafür Geld. Am meisten profitieren IT-Unternehmen sowie Rüstungs- und Sicherheitskonzerne in Europa. Seit Jahren recherchieren Simone Schindwein und Christian Jakob zu diesem Thema. Ihr Buch ist die erste umfassende Darstellung der neuen europäischen Afrikapolitik. (Einbandaufdruck)

Aus dem Verein: Wo wir aktiv waren



Foto: Fieder Fahrbach

Am Weltfriedenstag haben die Friedensräume, pax christi Augsburg, die Friedensregion Bodensee e.V. und keineWaffenvomBodensee mehrfach eine kurze Performance in Lindau an der gut frequentierten Hafensperrade gegeben. Mit der Skulptur „Waffenthron“ wurde auf die fortlaufenden Waffenexporte aus Europa in Kriegsgebiete aufmerksam gemacht. Gerade von der Bodenseeregion aus erfolgen viele Waffenexporte in Krisengebiete aller Welt. Die Aktion um die von der Heidelberger Kunsthochschule ausgeliehene Skulptur wurde von den Passanten verfolgt.



Foto: Martina Knappert-Hiese

Am 19.09.20 fand anlässlich des **UNO-Weltfriedentages in St. Gallen** eine Kundgebung statt, an der wir teilnehmen konnten. Sie stand unter dem Thema

„**Gemeinsam gegen Armut – für Solidarität und Gerechtigkeit**“. Neben der Darbietung des interkulturellen Theaterstücks „Ein vertrauter Fremder“ gab es Reden von Paul Rechsteiner (Ständerat SP), Dr. Chika Uzor (Seelsorger) und Miriam Rizvi (Klimagerechtigkeitsaktivistin).

Grafik unten: Fieder Fahrbach

**Kundgebung am 7. Jahrestag des Bootsunglücks vor Lampedusa:
Für Sichere Fluchtwege nach Europa**



© Amnesty International / Foto: Dario Sarvati

AMNESTY INTERNATIONAL GRUPPE LINDAU
3. Oktober 2020 14:00 – 16:00 Uhr Mahnwache
 anschließend Demonstration zum Menschenrechtsstein
Lindauer Hafen, Hafenplatz 2, 88131 Lindau

Am 03.10. gab's in Lindau neben der Menschenkette auch noch eine Mahnwache zum Jahrestag des **Lampedusa-Bootsunglücks** vor 8 Jahren.

Wir bauen keine Waffen – nur Lenkflugkörper



<https://www.flugrevue.de/auftrag-an-diehl-defence-gbu-54-fuer-den-eurofighter/>

Präzisionsbomben GBU-54 für den Eurofighter in Kooperation mit Boeing

Nach der Freigabe durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Diehl Defence einen Auftrag für die Lieferung von weiteren GBU-54-**Präzisionsbomben** an die Luftwaffe erhalten. Für rund 213 Millionen Euro werden rund **2290 Lenksysteme und Zünder sowie 910 Bombenkörper beschafft** (1380 Bomben, die den Lenkrüstsatz erhalten können, sind schon im Bestand). Auch Prüfmaterial und Ausbildungsmittel gehören zum Vertragsvolumen. Die Boeing Laser JDAM (Joint Direct **Attack Munition**) ist gelenkt, allwetterfähig und für kurze Reichweite gedacht. Bei rund 230 Kilogramm Masse ist die Sprengkraft nur halb so groß wie bei der GBU-48. **Die Kombination von INS/GPS-Navigation, Lasersuchkopf und Zielbeleuchtung ermöglicht präzise Einsätze gegen stationäre und mobile Ziele auch bei ungünstigen Wetterbedingungen.**

Die Auslieferung erster Einheiten soll bereits im November 2021 beginnen und wird sich voraussichtlich über 48 Monate erstrecken. Für die jetzt beauftragte Nachbeschaffung kooperiert **Diehl Defence** mit **Rheinmetall Defence** und **JUNGHANS Defence** als Komponentenlieferanten. Die einsatzerprobte GBU-54 wurde in der Vergangenheit bereits für das Mehrrollenkampfflugzeug **Tornado** beschafft. In Zukunft soll die GBU-54 auch an den **Eurofighter-Kampfflugzeugen** der Luftwaffe eingesetzt werden.

2018 beschlossen Boeing und Diehl bei Beschaffungen von GBU-54-Waffensystemen in Deutschland zusammenzuarbeiten.

„Gründe“ von Erich Fried

"Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen
Weil ich mir nicht nochmals
die Finger verbrennen will
Weil man nur lachen wird:
Auf dich haben sie gewartet.
Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken
Weil da niemand mehr
durchsieht
sondern höchstens noch mehr
kaputtgeht
Weil jedes Schlechte
vielleicht auch sein Gutes hat
Weil es Sache des Standpunktes ist
und überhaupt wem soll man glauben?
Weil auch bei den andern nur
mit Wasser gekocht wird
Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse
Weil man nie weiß
wie einem das schaden kann
Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind"
Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber
die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erich_Fried.jpg#/media/File:Erich_Fried.jpg (Quelle Foto oben)

Erich Fried (* 6. Mai 1921 in Wien; † 22. November 1988 in Baden-Baden) ist einer der bekanntesten deutschsprachigen Lyriker des 20. Jahrhunderts, der auch ein leidenschaftlich politisch engagierter Dichter war.

Links und News

Wir sind auch auf **Instagram** vertreten und haben mit 20 Beiträgen bereits 60 Follower – also Leute, die über unsere Veröffentlichungen explizit informiert werden – zusammen. Es werden täglich mehr! Bitte Informieren Sie Ihre Bekannten, Kinder und Enkel, damit sie uns folgen auf Instagram: #friedensregionbodensee <https://www.instagram.com/friedensregionbodensee/>: oder auf Facebook <https://www.facebook.com/friedensregionbodensee/>

Immer mittwochs um 20:30 Uhr heißt es "**Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt**" <https://www.transparenztv.com/friedensfrage-n-clemens-ronnefeldt/> Schalten Sie sich ein und erfahren Neues zum Thema Frieden, Atomwaffen, Krisenregionen uvm. Wir empfehlen diese Interviews mit einem der profiliertesten Kenner weltweiter Krisengebiete. Diese Beiträge werden auch auf Facebook veröffentlicht: https://www.facebook.com/friedensfragen/?modal=admin_todo_tour

Elektronikhersteller Hensoldt: Rüstungskonzern geht an die Börse. Dieser Beitrag der Tagesschau offenbart einmal mehr, wie eng der Bereiche der Rüstungsindustrie mit unserem Finanz- und Wirtschaftssystem verflochten ist. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/boersengang-hensoldt-101.html> Leider sind die bürgerlichen Parteien egal welcher Couleur (noch) nicht bereit, die Ökonomie prinzipiell anzuzweifeln und die Systemfrage zu stellen. Wie gut, dass insbesondere die Fridays For Future sich nicht scheuen, auch System- und Kapitalismuskritik zu üben.

In diesem Zusammenhang seien folgende Beiträge empfohlen, in denen es um das so genannte **Blackrock-Tribunal an der Freien Universität Berlin** gegen den größten

Finanzdienstleister Blackrock und dessen unkontrollierbares Gebaren im Finanzkapitalismus geht. Wissen Sie noch, dass auch Friedrich Merz einst für Blackrock tätig war? Es lohnt sich unbedingt, diese Berichte zu lesen:

https://www.heise.de/tp/features/Blackrock-Enteignen-aber-wie-4913852.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich sowie: <https://www.fr.de/wirtschaft/blackrock-konzern-friedrich-merz-tribunal-zerschlagen-verstaatlichen-berlin-90054539.html> Und bitte denken Sie für die kommenden Bundestagswahlen unbedingt schon daran, dass ein Kanzler Merz definitiv den Ausverkauf unseres Landes und das damit verbundene Auseinanderdriften der Gesellschaft weiter forcieren würde!

Leider bedient sich die deutsche Regierung im Zusammenhang des Giftanschlags auf den russischen Oppositionellen Nawalny der überkommenen und antiquierten Feindbilder. Das kann nur als definitiv kontraproduktiv bezeichnet werden und hat leider überhaupt nichts mehr mit der Gorbatschow'schen Idee vom „gemeinsamen Haus Europa“ zu tun. Zu dieser politischen Entwicklung, die wahrlich als Tragödie zu bezeichnen ist, hat das Online-Magazin Infosperber gerade zwei äußerst lesenswerte Beiträge veröffentlicht. <https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Deutschland-Russland-Beziehung-Wende-zuruck-zur-Feindschaft> und <https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Deutschland-Aussenminister-Heiko-Maas-NATO-Nawalny>

Gerade weil die politischen Parteien momentan noch nicht in der Lage sind, die notwendige sozio-ökolo-und-ökonomische Transformation hinreichend zu thematisieren, weisen wir Sie ausdrücklich auf die aktuelle Ausgabe der Beiträge zur Umweltpolitik hin. Darin geht es um die Rolle des Militärs bei der sozial-ökologischen Konversion. Die Leser*innen dieses Newsletters

wissen längst, dass steigende Militärhaushalte diese logischerweise äußerst überlebensnotwendigen Veränderungen massiv erschweren. Lesen Sie sich bitte weiter in diese schwierige Thematik ein: https://www.oekologische-plattform.de/wp-content/uploads/2020/09/BzU_32_Militaer.pdf Die unrühmliche Rolle des Militärs für die Zukunft der Menschheit wird auch mit den nächsten Links sozusagen schmerzhaft auf den Punkt gebracht. <https://www.infosperber.ch/Artikel/Gesellschaft/westlichen-Maechte-verursachen-Fluchtlingsstroeme> sowie https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2020/Displacement_Vine%20et%20al_Costs%20of%20War%202020%2009%2008.pdf und <https://watson.brown.edu/costsofwar/>

Beteiligen Sie sich bitte auch an der Kampagne „Für eine politische Erklärung gegen Bomben auf Wohngebiete“ des gemeinnützigen Vereins handicap international. Nur mit einer internationalen Erklärung lässt sich der Einsatz von schweren Explosivwaffen über Wohngebieten verhindern. Außerdem sollen Regierungen dazu bewogen werden, endlich die verabschiedeten Verträge über den Einsatz von Landminen und Streubomben umzusetzen. https://handicap-international.de/de/stopbombingcivilians_Erst_wenn_diese_Vertraege_umgesetzt_werden_duerften_auch_die_Berichte_ueber_sogenannte_menschenverachtende_Kollateralschaeden_aus_der_Presse_weniger_werden_und_hoffentlich_ganz_verschwinden.

Wichtiger Hinweis Zum Schluss:

Ab 15.10. läuft der Film **Oeconomia** von Carmen Losmann im Kino. In ihrem Dokumentarfilm hat es sich die Filmemacherin zur Aufgabe gemacht, die Spielregeln des Kapitalismus greifbarer zu machen. Der Film erklärt, warum Gewinn und Wachstum nur dann möglich sind, wenn wir uns verschulden. Dabei geht Losmann vor allem auf den gegenwärtigen Kapitalismus ein, der

scheinbar auf eine unendliche Kapitalvermehrung aus ist – egal um welchen Preis. Ob es zu einem Kollaps vergleichbar dem Platzen der Immobilienblase 2008 im Finanzsystem kommen wird? Oder ob gravierende ökologische Verwerfungen das Leben weiter erschweren? Ungute Entwicklungen, die sich nicht aufhalten lassen! Es geht also um einen Kinofilm, den sich niemand entgehen lassen sollte und der zudem als ein sinnvoller Beitrag zum besseren Verständnis des Status quo gesehen werden darf.



Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, M.A. Altmannweg 8, 88079 Kressbronn Mail: friedensregion.bodensee@gmail.com

Dies ist eine neue Mail-Adresse, bitte beachten!!

Telefon und Webseite: 07543/547343 <https://www.friedensregion-bodensee.de/>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.